



Pressemitteilung

7/2016

Fahrenschon: Europäische Regulierung muss Interessen regionaler Kreditwirtschaft besser berücksichtigen

Berlin, 18. Februar 2016

Ein Umdenken bei der Finanzmarktgesetzgebung auf EU-Ebene forderte Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), bei der Hessischen Regionalbankenkonferenz heute in Brüssel. „Wir brauchen Vorfahrt für die mittelständische Kreditwirtschaft, denn sie schultert den Großteil der Finanzierungen von Unternehmen und Selbstständigen, sie sichert das stabile Fundament unserer Volkswirtschaften und sie ist Partner der Sparer überall in Europa“, so Fahrenschon.

Einheitliche Standards, die für Großbanken passend seien, ließen sich im Nachhinein nur unzureichend auf die Anforderungen der lokalen und regionalen Hausbanken anpassen. Im Ergebnis entstehe oft ein unverhältnismäßig hoher Aufwand bei den Instituten. Fahrenschon: „Am Anfang jeder Regulierung muss die Frage stehen, ob dadurch die Leistungsfähigkeit lokaler und regionaler Kreditinstitute erhalten und vielleicht sogar gestärkt werden kann. Der US-amerikanische Ansatz, die wenigen großen, international tätigen Bankkonzerne anders zu regulieren als die vielen tausend Community Banks und Kreditgenossenschaften, ist vorbildlich für die Europäische Union.“

Darüber hinaus warnte Fahrenschon davor, die Wirkung der politischen Diskussionen in Brüssel und Frankfurt auf die Sparerinnen und Sparer zu unterschätzen. Niedrigzinsen, Bargeldabschaffung, Einlagensicherung — die Diskussionen sorgten für Verunsicherung und stießen auf Ablehnung in der Bevölkerung. „Wir dürfen das Vertrauen der Menschen in unser Finanz- und Wirtschaftssystem nicht ständig neuen

Stresstests aussetzen. Das Freiheits- und das Sicherheitsbedürfnis der Menschen müssen ernst genommen werden.“ Für die europäische Einlagensicherung bedeute dies, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen müssten, aber keine europäische Zwangshaftung etabliert werden dürfe.

Fahrenschon begrüßte, dass durch die Diskussion über den Verbleib Großbritanniens in der EU das Thema Subsidiarität wieder auf die politische Agenda gekommen ist. Fahrenschon: „Politik muss für die Menschen gemacht werden und darf sich nicht hinter den Glasfassaden europäischer Institutionen verselbstständigen. Das ist aus meiner Sicht der Schlüssel für mehr Akzeptanz von Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern.“

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) ist der Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe. Dazu gehören 409 Sparkassen, sieben Landesbanken-Konzerne, die DekaBank, neun Landesbausparkassen, elf Erstversicherergruppen der Sparkassen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen.

Für weitere Informationen:

Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Charlottenstraße 47, 10117 Berlin
Tel. +49 30 20225 5115; Fax. +49 30 20225 5119, presse@dsgv.de
www.dsgv.de

Stefan Marotzke

(Politik, wirtschafts- und verbundpolitische Fragestellungen)
Tel. +49 30 20225 5110, stefan.marotzke@dsgv.de

Alexander von Schmettow

(Markt-, Unternehmens- und Betriebsthemen)
Tel. +49 30 20225 5112, alexander.von.schmettow@dsgv.de

Michaela Roth (DSGV-Büro Brüssel)

(Europäische Finanzfragen, Internationales)
Tel. +32 2 740 1643, michaela.roth@dsgv.de